# Der Steinarbeiter

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Zeitzer Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 25 — Sonnabend, den 24. Juni 1922 — 26. Jahrgang


## Lohnbewegungen.

**Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.**

**Laufende Notizen unter: „Gesperrt", „Streik", „Zuzug fernhalten", werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.**

*

**Gesperrt:**

**In Bremen** die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, S. Riedel, Kurt Winter, Ernscheel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wehrt und Co. In **Lauterecken** Bildhauer Joh. Neßler und Söhne. Sämtliche Betriebe in **Oldenburg**. In **Herdecke** der Betrieb Buchmayer. In **Jena** die Grabsteingeschäfte von Ebert und Beyer. In **Ebelsbach** Werkplatz Keller.

**Streik:**

In **Taubenheim** (Oberlausitzer Granitwerke vormals Viktor Schleicher). In **Walheim** (Kalkgebiet). In **Schupbach, Wetzlar, Wirbelau** und **Villmar** (Marmorwerke). In **Brandenburg** (Grabsteinbranche). In **Berlin** (Werksteinbranche). Im **Maintal** (rotes Gebiet). In **Drethausen**. In **Ebersbach** i. Sachsen (Pflastersteinbetriebe). In **Mayen**, Rheinl. Ton- und Trafzindustrie.

**Zuzug ist fernzuhalten:**

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **Bürgstadt** (Betrieb Firma Holzmann). Von **Ibbenbüren** (sämtliche Betriebe).

**Von Steinarbeitern nach Velsen in Holland.** Aus Holland wird oft in Mitteilungen geklagt, daß deutsche Arbeiter sich bereitfinden, als Lohndrücker einzuspringen. Kollegen, übt Solidarität! Arbeit im Ausland darf nur angenommen werden, wenn keinerlei Differenzen vorliegen und die dort in Frage kommenden Organisationen keine Einwendungen gegen die Beschäftigung erheben.

**Erledigte Bewegungen.**

**Ibbenbüren.** Die Sperre über das Granit- und Marmorgeschäft Schildwächter, Fürstenstein i. H. ist erledigt. Die Kollegen dort haben die Zulagen erhalten.

**Freiburg i. Baden.** Die Stundenlöhne betragen nun ab 1. Juni für Steinhauer in Bau- und Kunststeingeschäften 28.25 M.; in Grabmalgeschäften 28.80 M.; in den Marmorbetrieben für Facharbeiter 26.40 M.; Hilfsarbeiter 23.15 M.

**Mayen.** Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Andernach wurden die Löhne für das Basaltlava- und Tuffsteingebiet ab 5. bzw. 2. Juni um 21 Prozent erhöht. Diese Lohnfestsetzung kann erstmalig zu einem 4 Wochen später liegenden Termine mit einer 14tägigen Frist gekündigt werden.

**Demitz-Thumitz und Umgebung.** Im Hartsteingebiet der sächsischen Oberlausitz wurde am 8. Juni in allen Betrieben die Arbeit eingestellt. Durch Vermittlung, Verhandlungsführung und Fällung eines Schiedsspruches durch eine sächsische Regierungsstelle wurde am 19. Juni die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen. Am Streik waren beteiligt 2700 Kollegen; dem Schiedsspruch wurde mit zirka drei Viertel Majorität zugestimmt.

## Der Wille zum Sozialismus.

Da durch die Umwälzung vom 9. November der Einfluß der Arbeiterschaft in Deutschland bedeutend vermehrt wurde, glaubte man vielfach, daß es nun auch auf dem Wege zum Sozialismus recht schnell vorwärts gehen würde. Das Sozialisierungsproblem wurde eingehend erörtert, und es wurden praktische Vorschläge für die Durchführung der Sozialisierung gemacht. Jetzt ist es in Deutschland von der Sozialisierung recht still geworden.

Das ist gewiß zum guten Teil dadurch zu erklären, daß wir in Deutschland keine sozialistische Mehrheit haben, und die Stoßkraft der Arbeiterschaft durch ihre Zersplitterung geschwächt ist. Es fehlt aber auch im sozialistischen Lager häufig der Glauben, daß es unter den heutigen Verhältnissen möglich sei, sozialistische Fortschritte zu erzielen, zuweilen kann man hören, die Sozialisierung sei eine Sache der Entwicklung, und es habe deswegen gar keinen Zweck, Sozialisierungsprojekte aufzustellen. Alle geschichtliche Entwicklung vollzieht sich aber nur dadurch, daß Menschen wollen und handeln. Theoretisch wäre es denkbar, daß die Entwicklung zum Sozialismus vor sich ginge, ohne daß jemals irgend jemand eine sozialistische Gesellschaft bewußt erstrebt hätte. Es wäre z. B. möglich, daß bald hier, bald da von Staat und Gemeinde aus finanziellen oder wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen, die in den einzelnen Fällen ganz verschieden sein könnten, Produktionsstätten übernommen würden, bis schließlich das Privateigentum an Produktionsmitteln vollständig zurückgedrängt wäre und die ganze Gesellschaftsordnung einen sozialistischen Charakter angenommen hätte. Aber es ist anzunehmen, daß die Entwicklung zum Sozialismus sich schneller und besser vollziehen wird, wenn große Teile des Volkes und ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen bewußt auf den Sozialismus hinarbeiten.

Die Durchführung von Sozialisierungsmaßnahmen soll, so wird behauptet, heute in größerem Umfange noch nicht möglich sein, weil die Menschen noch nicht zum Sozialismus reif seien, weil sie noch nicht über den notwendigen Gemeinsinn verfügten. Es muß gewiß alles getan werden, um durch Erziehung und Aufklärungsarbeit die Massen geistig für den Sozialismus vorzubereiten. Aber die Anschauung, daß die Menschen sich erst geändert haben müssen, ehe man sozialistische Fortschritte erzielen kann, verschiebt die Sozialisierung auf den Sankt Nimmerleinstag. Ist doch von uns immer gelehrt worden, daß das Denken und die Gefühlswelt der Menschen zum großen Teil abhängig ist von den Verhältnissen, deren Einfluß sie ausgesetzt sind. Können wir denn erwarten, daß Massen von Menschen, die nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft leben, durch unsere Agitation und Erziehungsarbeit mit so viel Gemeinsinn erfüllt werden können, wie das nach der Meinung mancher Sozialisten die Vorbedingung für den Sozialismus sein soll?

Man kann hoffen, daß in einer sozialistischen Gesellschaft der Gemeinsinn als Antrieb für die Menschen eine größere Rolle spielen wird als heute. Doch wird die notwendige Erziehung zum großen Teil erst in der sozialistischen Gesellschaft geleistet werden können, und es wäre um die Aussichten des Sozialismus schlecht bestellt, könnte er nur dann verwirklicht werden, wenn einmal die Menschen Muster von Selbstlosigkeit und Gemeinsinn sind. Wo steht denn geschrieben, daß wir in einer sozialistischen Gesellschaft darauf verzichten müßten, den Eigennutz als Antrieb zu wirtschaftlichen Leistungen auszunützen? Der Sozialismus erstrebt eine planmäßig organisierte Wirtschaft, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Beseitigung alles arbeitslosen Einkommens für Arbeitsfähige. Aber warum soll es nicht möglich sein, den Anteil, den der einzelne am Gesamtertrage der gesellschaftlichen Arbeit erhält, nach der Höhe seiner Leistungen abzustufen, etwa in dem Akkord- und Prämienlohnsystem anwendet; Personen, die Hervorragendes leisten, besonders gut bezahlt, Prämien für sparsames Wirtschaften gewährt usw.?

Vielfach wird das Gebiet, auf dem Sozialisierungsmaßnahmen möglich sein könnten, sehr eng begrenzt, nur bei dazu „reifen" Betrieben oder Wirtschaftszweigen soll eine Sozialisierung in Frage kommen. Es wird meist angenommen, daß die notwendige Sozialisierungsreife nur dort gegeben sei, wo die Organisation der Wirtschaft schon eine hohe Stufe erreicht hat, wie z. B. im Kohlenbergbau. Aber es ist gerade wünschenswert, daß wir Sozialisierungsmaßnahmen dort durchführen, wo die Organisation der Wirtschaft wesentlich verbessert werden kann und sich Ersparnisse erzielen lassen. Die Frage, ob ein Betrieb oder Wirtschaftszweig reif zur Sozialisierung sei, läßt sich gar nicht allgemein beantworten, es kommt darauf an, welchen Weg man zur Durchführung der Sozialisierung im Einzelfalle einschlagen will. Ist z. B. der Nahrungsmittelhandel reif zur Sozialisierung? Zur Verstaatlichung sicher nicht, aber es ist sehr wohl möglich, daß ein immer größerer Teil des Handels mit Nahrungsmitteln von den Organisationen der Verbraucher übernommen wird, wie das durch die Konsumvereine schon jetzt in weitem Umfange geschehen ist.

Darf aber überhaupt von Sozialisierung geredet werden, wenn einzelne Betriebe verstaatlicht oder kommunalisiert werden? Man ist sich im sozialistischen Lager fast überall darüber einig, daß die Sozialisierung nur allmählich durchgeführt werden kann. Daß es also gilt, nach und nach die kapitalistische Gesellschaft mit Gebilden zu durchsetzen, die einen mehr oder minder gemeinwirtschaftlichen Charakter haben.

Ob bestimmte Maßnahmen geeignet sind, uns den Sozialismus näher zu bringen, wird man nur beurteilen können, wenn man sich vorstellt, welche Folgen ihre allgemeine Anwendung hätte. Wenn hier oder dort einmal eine Fabrik verstaatlicht wird, so wird dadurch an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht viel geändert. Wenn aber alle Produktionsstätten verstaatlicht wären, hätten wir eine sozialistische Gesellschaft. Deshalb ist es auch falsch, wenn gesagt wird, daß Verstaatlichung keine Sozialisierung sei, die Verstaatlichung ist ebenso wie die Kommunalisierung oder die Uebernahme von Betrieben durch Verbrauchergenossenschaften ein Mittel zur Sozialisierung.

Es kann sein, daß wir auch in den nächsten Jahren auf dem Wege zum Sozialismus nur wenig vorwärts kommen, weil uns die notwendige politische Macht fehlt. Aber wir sollen nicht selbst Hindernisse für die Sozialisierung aufrichten, indem wir uns einreden, daß Sozialisierungsmaßnahmen nicht durchführbar seien. Der Wille zum Sozialismus muß bei uns vorhanden sein. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns deutlich genug gezeigt, wie sehr es im Interesse der Volksmassen liegt, daß im steigenden Maße an die Stelle kapitalistischer Anarchie sozialistische Planmäßigkeit gesetzt wird.

## „Gefahren für den Naturstein im Straßenbau".

Mit dieser Ueberschrift nahm im nachstehenden Artikel das Organ des uns nahestehenden Steinsetzerverbandes zum 2. Natursteinkongreß in München Stellung. In dem Artikel wird der Finger auf eine Wunde gedrückt, die der Verwendung des Natursteins im inländischen Straßen- und Wegebau außerordentlich schadet. Dieser Zustand kann dieselbe Wirkung auf dem genannten Absatzgebiet ausüben, wie die Lieferung minderwertiger Bauwerksteine in früheren Jahren, woran heute noch die Natursteinindustrie ungeheuer leidet. Noch ist es Zeit, im Interesse der Verwendung des Natursteins ungesunde Auswüchse bei der Preisbildung energisch zu bekämpfen. Unterlagen zu den Angaben im genannten Artikel stehen natürlich den Interessenten zur Bekämpfung zur Verfügung:

„Als im vorigen Jahre die deutsche Steinindustrie auf dem 1. Natursteinkongresse in Eisenach der weiten Oeffentlichkeit die Ausnützung der deutschen Nutzgesteinsvorkommen als volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit vor Augen führte, da glaubte man, daß mit der Unbekümmertheit um wirtschaftliche Probleme, welche bis vor dem Kriege in der deutschen Steinindustrie geherrscht hatte, endgültig gebrochen sein würde. Vor dem Kriege war, wie sonst nirgends, in der Steinindustrie, eine organisatorische Zersplitterung vorhanden, die letzten Endes kein einheitliches Wollen und Handeln aufkommen ließ. Erst nach dem Kriege wurden die einzelnen Fachverbände der Steinindustrie unter einen Hut gebracht, doch in der Form, daß jeder Fachverband noch selbständig seine Spezialaufgaben erledigte. Ohne Zweifel war die Notlage, in der sich die deutsche Steinindustrie durch die Ausschaltung des Natursteins als Baumaterial befindet, die Ursache zu diesem engeren Zusammenschlusse. Doch nicht alle Zweige der Natursteinindustrie leiden gleichmäßig unter dieser Not. Im Gegenteil! Gerade die Hartsteinindustrie, soweit sie Straßenbaustoffe herstellt, leidet keineswegs unter den Nöten der Zeit. Das Verwendungsgebiet dieser Industrie wird nicht im geringsten eingeengt, sondern die Zeichen sprechen dafür, daß der Pflastersteinindustrie noch ungeahnte Ausdehnungsmöglichkeiten harren.

In der vorigen Nummer dieser Zeitung gaben wir kurz die amtlichen Zahlen bekannt über den Stand des Kraftfahrwesens in Deutschland. Jeder Kenner weiß, daß der Kraftwagenverkehr in Deutschland erst in den Kinderschuhen steckt. Seine Ausdehnungsmöglichkeit ist bei uns noch eine unbegrenzte. Seine natürliche Schranke findet er aber in dem Zustande des Straßenwesens. Was wunder, daß sich alle weitsichtigen Verkehrspolitiker den Ausbau unseres Straßennetzes angelegen lassen sein wollen. Und zwar wird dem Ausbau der Automobilstraßen lebhaft das Wort geredet. Automobilstraßen als Verkehrsstraßen im wirtschaftlichen Sinne gibt es in Deutschland noch gar keine. Die wenigen Automobilstraßen, die vorhanden sind, sind letzten Endes nur durch sportliche Interessen gefördert und errichtet worden. Die Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs ist aber ein Problem, welches auch in Deutschland zur Lösung kommen muß. Die Zahl der Kraftwagen hat die Vorkriegszeit in Deutschland jetzt um ein weniges überschritten. Wir stehen also erst dort, wo wir im Jahre 1914 stehen geblieben sind. Schon früher haben wir dargelegt, daß der Kraftwagenverkehr eine Quelle wirtschaftlichen Vorteiles für die gesamte Volkswirtschaft ist. Insbesondere jetzt, wo durch die Eisenbahnverhältnisse die Transportmöglichkeiten sehr im argen liegen. Die Lastenbewältigung über kurze Strecken durch Kraftwagen machen sich in den deutschen Industriebezirken außerordentlich günstig bemerkbar. Es sei in dieser Hinsicht nur auf das Ruhrrevier verwiesen, wo der Kohlentransport für viele Zweige der dortigen Industrie nur mittels des Kraftwagens das Gedeihen derselben ermöglichte. Die Straßen allerdings waren zum größten Teil auf diesen der Notlage der Verkehrsverhältnisse entsprungenen Kraftwagenverkehr nicht eingestellt. Die Notrufe gerade rheinisch-westfälischer Gemeinden, die über die straßenzerstörende Wirkung des Lastkraftwagenverkehrs laut klagten und nach Abhilfe drängten, sind ein entsprechendes Zeugnis dafür.

Kurz nach dem Kriege nahmen die Baubehörden des Straßenbaues vielfach eine zurückhaltende Stellung ein. Die Notlage von Staat und Gemeinden zwang zu größter Sparwirtschaft auch im Straßenbau, obwohl der Krieg das ganze Straßennetz herunter gewirtschaftet hatte. Angesichts des sich in aufsteigender Linie entwickelnden Verkehrs, scheint man diesen Standpunkt verlassen zu haben. Wirtschaftliche Notwendigkeiten ringen sich letzten Endes selbst durch. Diese Sparwirtschaft im Straßenbau war letzten Endes nur die Ursache noch größerer wirtschaftlicher Verluste. Es ringt sich jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse der Gedanke siegreich durch, daß in den kommenden Jahren als beste volkswirtschaftliche Kapitalanlage viel Geld in den Straßenbau hinein gesteckt werden muß. Nach allen Anzeichen gehen wir einer neuen Periode des Aufschwunges im Straßenbau entgegen. Die Not von Staat und Gemeinden als Auftraggeber des Straßenbaues zwingt diese aber, mit aller Gewalt nach dem billigsten, aber doch dauerhaftesten Straßenbaumaterial zu suchen. Wie diese Kreise beeinflußt werden, zeigt, daß in der Presse der während des Krieges fast ganz eingeschlafene Kampf zwischen Asphalt und Zement auf der einen und Naturstein auf der andern Seite der Straßenbefestigungsmittel wieder entbrennt. Die Asphaltindustrie betreibt einen nachhaltigen Werbefeldzug für ihre Produkte schon jetzt. Von der Steinindustrie kann man dies keinesfalls sagen. Im Gegenteil! Dort scheinen Bestrebungen die Oberhand gewonnen zu haben, die letzten Endes die Verdrängung des Natursteins als Straßenbefestigungsmittel zur Folge haben muß. So berichtete kürzlich Magistrats-Oberbaurat Löschmann in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", daß die Preise für die verschiedenen Straßenbefestigungsarten am 1. Juni 1922 in Berlin folgende waren: 1 Quadratmeter Stampfasphaltpflaster etwa 700 M., 1 Quadratmeter bestes Großsteinpflaster auf Chaussierung mit Fugenausguß etwa 1000 M., 1 Quadratmeter Kleinpflaster auf Chaussierung etwa 550 M., 1 Quadratmeter Chaussierung etwa 220 M., 1 Quadratmeter Oberflächenteerung 45 M. Gemessen an den Friedenspreisen sind die Kosten dieser genannten Pflasterarten um ungefähr das 60- bis 70fache gestiegen. Die Löhne der Steinarbeiter und der Straßenbauarbeiter, der Bahnfrachten bleiben aber weit hinter diesen Steigerungssätzen zurück. Die Bearbeitung und Gewinnung der Straßenbaumaterialien aber bilden letzten Endes das Hauptmerkmal, das dem Naturstein seinen wirklichen Wert aufdrückt. Der Arbeitslohn ist die Hauptwertquote des Natursteins. Wenn nun dieser in dem Maße nicht gestiegen ist, daß sich daraus in der Hauptsache die Verteuerung der Straßenbaumaterialien herleiten läßt, so muß unbedingt die Preisgestaltung der Steinindustriellen das treibende Moment zur Verteuerung sein. Die Abschlüsse der großen Steinbruchbetriebe, soweit sie in Gesellschaftsform betrieben werden, unterstützen diese Ansicht nachhaltig. Zwar zeigt der Preis des Asphaltpflasters die gleiche Stufenleiter der Teuerung. Aber es kommt bei diesem hinzu, daß der Asphalt in der Hauptsache aus hochvalutarischen Ländern eingeführt wird, und daß zum Teil in diesem die Löhne der hochvalutarischen Exportländer stecken. Obendrein ist der Aspalt durch die viel höheren Bahnfrachten noch mehr belastet als die Steinindustrie, da die Transportwege ungleich weitere und größere sind. Die deutsche Steinindustrie hat in dieser Hinsicht eine sehr große Verantwortung jetzt auf sich zu nehmen. Will sie, daß die Vorliebe für den Asphalt, die unstreitig bei vielen Auftraggebern des Straßenbaues, besonders der Großstädte vorhanden ist, sich in noch stärkerem Maße ausbreitet, und damit der Verwendung des Natursteins als Straßenbefestigungsmittel enormen Schaden zufügt, so muß eine Preispolitik getrieben werden, die erträglich ist, und in den Grenzen des gesunden Wirtschaftslebens bleibt. Die Sucht nach dem Profit hat schon manchen Gewerbezweig vernichtet. Dagegen aber wenden wir uns, daß durch eine ungesunde Preispolitik der Steinstraßenbau zum Absterben gebracht wird.

Neben den dargelegten allgemeinen Erscheinungen in der Steinindustrie, die nicht nur von uns, sondern in immer größerer Zahl, auch von Leitern öffentlicher Gemeinwesen, soweit sie als Auftraggeber für den Straßenbau in Frage kommen, mit Sorge betrachtet werden, ist es weiter die Art der Belieferung der Auftraggeber, die zur Kritik herausfordert. Ein Beispiel soll dies veranschaulichen. Für eine Privatfirma ist eine Pflasterung auszuführen. Am 16. März d. J. wird bei einem Steinindustriellen das notwendige Quantum Pflastersteine bestellt. Am 18. März wird der Auftrag von diesem akzeptiert. Den Preis geben wir in der Zahl 1000 als Einheit an. Lieferung soll sofort erfolgen. Am 20. März wird von dem Steinindustriellen mitgeteilt, daß wegen Geschirrmangel die Lieferungen etwas zurückgestellt werden müssen. Am 25. März wird mitgeteilt, daß die Lieferung erfolgen kann, doch erhöhe sich die Preiseinheit auf 1900. Doch die Lieferung erfolgt nicht. Auf eine Anfrage wird am 12. April mitgeteilt, daß die Lieferung in übernächster Woche erst erfolgen könne. Die Zeit verstreicht, es geschehen noch mehrmalige Anfragen wegen der Lieferung. Am 5. Mai teilt der Steinindustrielle mit, daß er die Garantie für die Lieferung nicht übernehmen könne. Am 31. Mai erfolgt wiederum von ihm die Mitteilung, daß nur ein Teil geliefert werden kann, aber die Preiseinheit erhöhe sich jetzt auf 3200. Am 3. Juni erfolgte nochmals eine Mitteilung, daß die Preiseinheit von 3200 nicht das Treffende sei. Es müßten weitere Erhöhungen eintreten und verschiedene Lieferungsbedingungen eine Aenderung erfahren. Es erfolgen noch einige Korrespondenzen, ohne daß die Steine eintreffen, und der Erfolg der ganzen Gebarung ist, der Straßenbauunternehmer ist die Arbeit los; der Auftraggeber sieht sich nach einem andern Straßenbefestigungsmittel um. Wahrlich, die Interessenten des Asphalt- und Kunststeinstraßenbaues können sich keine besseren Propagandisten für ihre Erzeugnisse wünschen, als solche Steinindustrielle.

Es ist höchste Zeit, daß solchen Zuständen gesteuert wird. Wir erinnern daran, daß die Steinindustrie es im besonderen war, die nicht laut genug nach dem Zoll auf schwedische Pflastersteine rufen konnte, die immer gepredigt hat, daß das einheimische Steinmaterial allen Anforderungen entspreche. Die Valutaschranke läßt keinen schwedischen Pflasterstein jetzt über Deutschlands Grenze, man sollte sich darum aber der früheren Behauptungen doppelt bewußt sein, daß die deutsche Steinindustrie den Erfordernissen des Steinstraßenbaues gerecht werden kann. Die Gefahr ist groß, in der sich unser Beruf durch die Preis- und Geschäftspolitik der Steinindustrie befindet. Darum wäre es eine Tat, wenn die jetzt in München tagende Reichssteinwoche und der Natursteinkongreß die Wege zur wirtschaftlichen Vernunft und Selbstbescheidung in der Steinindustrie wieder findet."

# Zum Ablauf des Reichslohntarifes für die Granitschleifereien.

Am 30. Juni d. J. wird der RLT. für die Granitschleifereien, der im Vorjahr in Hof mit dem Verbande Deutscher Granitwerke bis zu diesem Termin verlängert wurde, zum Ablauf kommen. Die Kündigung sowie die neue Vorlage ist fristgemäß nach Abs. 38 der allgemeinen Bestimmungen des Tarifes vom Verbandsvorstand erfolgt. Jedoch der Verband Deutscher Granitwerke hat den im Abs. 39 der allgemeinen Bestimmungen niedergelegten Bedingungen in keiner Weise entsprochen. Auf welche Gründe dieses zurückzuführen ist, entzieht sich unserer Kenntnis, dürfte aber sicher auf separate Bestrebungen innerhalb des VDG. zurückzuführen sein, die bekanntlich bei der vorjährigen Tarifverhandlung bereits zutage traten. Durch die Verzögerung der Tarifverhandlungen wird der Gedanke einheitlicher zentraler Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sicher nicht gefördert, um so weniger, als auch die bisherige Entlohnung völlig unzulänglich war.

Jetzt endlich, nachdem der Verband Deutscher Granitwerke bereits seit 15. März im Besitz unserer Vorlage ist, wird uns die Mitteilung, daß die Verhandlungen am 3. Juli in Leipzig beginnen und mit der zur Zeit schwebenden Teuerungszulagenforderung auf die eine Abschlagszahlung von 200 Proz. ab 16. Juni geboten ist, verbunden werden soll.

Um unsern Kollegen keine Lohneinbuße erleiden zu lassen, empfehlen wir das Angebot — vorbehaltlich der am 3. Juli zu erfolgenden endgültigen Regelung — anzunehmen!

Vorwürfe wegen der auch in diesem Jahre eingetretenen Verschleppung der Verhandlung lehnen wir von vornherein entschieden ab, aber auch für alle etwa entstehenden Komplikationen müssen wir den VDG. die Verantwortung überlassen. An rechtzeitigen und wiederholt dringenden Mahnungen haben wir es nicht fehlen lassen. Das Fehlen des guten Willens bei den Unternehmern läßt für das Zustandekommen eines befriedigenden Abschlusses wenig Hoffnung aufkommen, weshalb wir den Kollegen der Schleifereibranche schon heute sagen, daß der Verbandsvorstand durchaus nicht für die Beibehaltung des Reichslohntarifes unter allen Umständen eintritt. Kommt kein befriedigender Abschluß des Reichslohntarifes zustande, dann wird das Schwergewicht der Verhandlungen in die einzelnen Bezirke und Orte verlegt werden müssen, womit die Verantwortlichkeit der in Betracht kommenden Zahlstellen sicherlich eine Steigerung erfährt, der sie ja auch gewachsen sind.

Doch, wie die Verhandlungen in Zukunft auch geführt werden — zentral, bezirklich oder örtlich — stets und ständig haben die Kollegen mit dem zähesten Widerstand der Unternehmer zu rechnen.

Freiwillig lassen sich die Unternehmer ihre Profitrate nicht schmälern. Es ist sogar damit zu rechnen, daß selbst Zugeständnisse in der bisherigen unzulänglichen Höhe erzwungen werden müssen. Daher ist es unbedingte Pflicht der Kollegen, sich und ihren Verband auf die eventuellen Schwierigkeiten vorzubereiten. Worin diese Vorbereitung bestehen muß, wird jedem Kollegen und jeder in Frage kommenden Zahlstelle ohne weiteres klar sein.

# Gewerkschaftliche Notwendigkeiten.

Vielfach greifen die Angehörigen einer Branche oder eines Betriebes erst dann zur Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation, wenn es nicht mehr anders geht. Nachdem sie jahrelang alles hingenommen, was die quasi über den Wollen thronende Betriebsleitung oder die Organisation der Unternehmer im Arbeitsprozeß ihnen zu kommandieren für gut befunden, reißt endlich der Faden der Geduld, und sie organisieren sich zur Abwehr der immer unerträglicher sich gestaltenden unternehmerlichen Zumutungen.

Ein gesunder Weg der Entwicklung zum Organisationsgedanken ist das allerdings nicht. Arbeiter, die erst durch die Unternehmerknute zur Selbstbesinnung und Menschenwürde aufgerufen werden, entbehren nach ihrem Organisationseintritt des gewerkschaftlichen Weitblicks, ihnen entgeht noch vorderhand der Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge, ihnen fehlt noch das Augenmaß für das gegenseitige Kräfteverhältnis. Nur der Unmut mit dem Dasein und über unerträglich werdende Bedrückung ist es, der sie zur Organisation treibt, und das dumpfe Gefühl, daß die organisierte Masse mehr auszurichten vermag als unorganisierte Zusammenhanglosigkeit. Wir werden in solchen Fällen fast immer erleben, daß die Arbeiterschaft dann, nachdem sie die ersten Verbandsmarken erhalten hat, auch sofort zum „Sturm" blasen und den Unternehmern zum Tanz aufspielen möchte.

Zu verstehen ist ein solcher Vorgang. Arbeiter, die so lange ohne Hoffnungsstrahl dahinvegetiert haben und sich nun zu gegenseitiger Hilfe organisieren, wollen so schnell wie möglich eine Schicksalsbesserung erleben und sofort Resultate sehen. Ihr Handeln wird von Unzufriedenheit und Ungeduld diktiert, und da sie die wahre Stärke und den ideellen Wert der Organisation noch nicht kennen, höchstens erst ahnen, sind sie oft zu Handlungen geneigt, die sehr leicht zu ihren Ungunsten ausschlagen können und deren sichere Folge dann wäre, daß sie enttäuscht wieder in die alte Teilnahmlosigkeit verfallen und nach dem verderblichen „Grundsatz" aller Fortschrittsfeindlichkeit „Es hilft ja alles nichts" wieder in das alte Joch zurückkriechen.

Die Ungeduld ist der unberufenste Lehrmeister jeder gewerkschaftlichen Taktik. Gerade in der Gewerkschaftstätigkeit ist jede Ungeduld übelster Berater, denn jeder unüberlegte Schritt rächt sich auf diesem Gebiete mehr als auf jedem anderen. Denn eine Niederlage hat nicht nur die wirtschaftliche Schlechterstellung, den oft jahrelangen Verzicht auf jeden Fortschritt in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gefolge, sie führt auch dazu, die Organisation zu schwächen, und in Fällen, wie dem hier konstruierten, ist auch zumeist die Folge das Eingehen der Organisation und damit der sichere Verzicht auf eine Verbesserung der Lebenslage für lange Zeiten. Das hat die Gewerkschaftspraxis schon unzählige Male bewiesen.

Was beweist denn die alleinige Tatsache, daß die Arbeiterschaft irgend einer Branche in irgend einem Orte oder für einen Betrieb eine Verbandszahlstelle gegründet hat? Lediglich doch nur, daß die Arbeiter es satt haben, sich weiter widerstandslos vom Unternehmertum gängeln zu lassen, und daß sie sich organisieren wollen. Damit, daß sie nun Mitgliedsausweise, Statuten und das Fachblatt erhalten, ist aber noch lange nicht der Geist geschaffen, der in einer zielbewußten Gewerkschaft vorhanden sein muß, falls sie dauernde Erfolge erreichen will. Dieser Geist kann nicht im Handumdrehen eingeblasen, er muß anerzogen werden und die vollkommene Einigkeit aller im Denken und Handeln muß dabei oberste Richtschnur sein. Und nicht verkannt darf werden, daß jede neugegründete Zahlstelle oder Ortsgruppe vorerst nur ein Gebilde sein kann, das noch sehr unvollkommen ist und der inneren Festigkeit ermangelt. Des ferneren ist nicht außer acht zu lassen, daß die Neuorganisierten eingeführt werden müssen in die Zusammenhänge der Wirtschaft, daß sie die Kräfte abwägen lernen, die sich im Wirtschaftskampf gegenüberstehen, daß sie begreifen lernen, daß Organisation wohl Macht, jedoch nicht Allmacht bedeutet.

Das alles sind gewerkschaftliche Notwendigkeiten, die jedem denkenden Organisierten geläufig sind, die aber denen abgehen, die soeben erst von Ungeduld und Unmut gepeitscht in die Organisation eintreten. Sie treibt nur das Gefühl erlittenen Unrechts, das Gefühl, daß es besser werden müsse, zur Organisation, aber noch sind sie Rekruten der Gewerkschaftsschule und bedürfen der Schulung und Festigung, um im Kampfe dann auch ihren Mann stehen zu können.

Darum keine Ungeduld! Und wenn auch unbesonnene Draufgänger noch so sehr über falsch angewandte Bedächtigkeit räsonieren — gewerkschaftliche Bedächtigkeit und kühl abwägende Vorsicht haben noch nie etwas verdorben, wohl aber leidenschaftliche, unüberlegte, übereilte Handlungen. Sie haben schon so mancher Bewegung zum Unheil gereicht und manche guten gewerkschaftlichen Ansätze im verheißungsvollen Keime erstickt.

Darauf muß immer wieder hingewiesen werden. Und vor allem muß es denen gesagt werden, die in der Organisation noch Neulinge sind. Sie stoßen zu uns voll des guten Mutes, ermangeln aber der Einsicht in die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten, deren Erkenntnis erst nach jahrelangem Wirken gewonnen wird, und die so mancher nie begreift. Es wäre ein unbegreiflicher, gewerkschaftlicher Leichtsinn wollte man soeben gegründete Zahlstellen in den gefahrvollen Lohnkampf ziehen lassen, ohne ihnen erst alle gewerkschaftlichen Notwendigkeiten auseinanderzusetzen und ihnen zu sagen, was alles ihnen noch fehlt an der wahren Erkenntnis der Organisationsmacht und deren natürliche Grenzen zu zeigen, die zugleich die Notwendigkeiten aufdecken, die erforderlich sind zur glücklichen Durchführung einer Bewegung. Ganz abgesehen davon, daß es schon an und für sich eine Zumutung darstellt, daß Arbeiter, die bisher von der Organisation nichts wissen wollten, nun plötzlich deren materielle Unterstützung beanspruchen, obwohl sie selbst zur materiellen Fundierung dieser Organisation noch nichts beigetragen haben.

Sorgfältige vorherige Ueberlegung jeder geplanten gewerkschaftlichen Handlung ist also ein unbedingtes Haupterfordernis. Gewiß, Leidenschaft und Ungeduld drängen vorwärts, sind jedoch ihrer ganzen Natur nach bereit, Unklugheiten zu begehen. Davor muß sich aber jede Gewerkschaft hüten, sonst sind die unvermeidliche Folge Rückschläge und böse Erfahrungen. Mit dem festen Willen zur Organisation dieser beitreten, darin lernen, aus Beobachtetem und Selbsterlebtem die Nutzanwendung ziehen, sich informieren über die natürlichen Grenzen der Organisationsmacht, Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise in ihren Auswirkungen zu studieren in bezug auf die einzuschlagende gewerkschaftliche Taktik, die Macht des Gegners abzumessen, zu erkennen, daß ein weiteres Haupterfordernis für das gute Gelingen einer Bewegung Ueberzeugungstreue, Solidarität und Opfermut jedes einzelnen ist — das alles sind gewerkschaftliche Notwendigkeiten, die in jeder Situation volle Prüfung und Beachtung erfordern. Und nicht zuletzt in solchen Zahlstellen, die neugegründet sind. Dort bedarf es noch mehr der Erwägung und Ueberlegung, weil mit dem Rückschlag auch zugleich die Organisation wieder in Scherben geht.

# Uebertritt der Steinbildhauer vom Holz- zum Steinarbeiterverband.

Uneingeweihte werden mit Staunen fragen, wie kommen die Steinbildhauer in den Holzarbeiterverband, was hat sie bisher von der zuständigen Organisation ferngehalten. Die Erklärung ist mit wenigen Worten gegeben. Die Steinbildhauer bildeten früher mit den Modelleuren und Holzbildhauern im „Zentralverein der Bildhauer Deutschlands" eine selbständige Organisation. Dieser Verein war einer der ältesten Zentralverbände, denn er wurde schon 1881 gegründet. Die geringe Zahl der Berufsangehörigen gestattete ihm nicht, große Mitgliederzahlen zu erreichen. Seinen höchsten Bestand wies er im Jahre 1906 mit 5043 Mitgliedern auf.

Die engen Berufsinteressen der Holzbildhauer mit den Tischlern führten schon frühzeitig zur Erörterung der Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband und seit 1906 verging keine Generalversammlung, ohne sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Auch einige Urabstimmungen haben hierüber stattgefunden. 1909 stimmten 42 Prozent, 1912 52 Prozent der Abstimmenden für den Anschluß an den Holzarbeiterverband. Bei beiden Abstimmungen gaben die Steinbildhauer und Modelleure den Ausschlag gegen den Anschluß, was uns vom beruflichen Standpunkt gesehen, nur allzu erklärlich erscheint. Bei der entscheidenden Abstimmung im Jahre 1919 stimmten 85 Prozent der Holzbildhauer, 21 Prozent der Steinbildhauer und 37 Prozent der Modelleure für den Anschluß, im ganzen stimmten 78 Prozent für die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverbande. Nach dieser Abstimmung traten noch Zweifel auf, ob angesichts des Abstimmungsergebnisses den Steinbildhauern und Modelleuren der Uebertritt freigestellt werden sollte, doch stimmte die kurz darauf stattgefundene Generalversammlung gegen 2 Stimmen für den geschlossenen Uebertritt, der am 1. Oktober 1919 erfolgte. 2463 Holzbildhauer, 421 Steinbildhauer, 283 Modelleure und 16 sonstige Bildhauer traten zum Holzarbeiterverbande über.

Die Steinbildhauer haben die Ungunst der Verhältnisse auf natursteinindustriellem Gebiet in noch herberem Maße verspüren müssen als die Steinmetzen, die ihnen beruflich am nächsten stehen. Beide Berufe sind so eng miteinander verknüpft, daß es mitunter schwer fällt, die Grenze festzustellen. Meinungsverschiedenheiten über die Steinbearbeitung als Steinmetz und Bildhauer waren infolgedessen, als die Bildhauerei noch in Blüte stand, nicht sehr selten, doch wurden sie immer in kameradschaftlicher Weise geschlichtet, wie das Verhältnis zwischen Bildhauern und Steinmetzen durchweg ein günstiges war. Kein Wunder, bearbeiten sie doch ein und dasselbe Material und meistens bei demselben Arbeitgeber. Daher kommt es auch, daß ein Teil der Steinbildhauer bereits die Mitgliedschaft in unserem Verbande ohne unser Zutun erworben hat, bevor der offizielle Uebertritt zu uns erfolgte. Auf Gedeih und Verderb beruflich mit uns verbunden, kamen sie im Laufe der Zeit in den verschiedensten Orten einzeln zu uns und so wenig wir bestrebt waren, dem großen Holzarbeiterverbande, mit dem wir stets auf dem besten Fuße gelebt haben, einige Mitglieder abzujagen, so hatten unsere in Betracht kommenden Ortsverwaltungen auch keine Ursache, den Steinbildhauern den Beitritt zu ihrer Industrieorganisation zu verwehren. Diesbezüglichen Anfragen haben wir stets entgegnet, daß der Aufnahme der Kollegen nach ordnungsgemäßer Abmeldung beim Holzarbeiterverbande nichts im Wege stehe.

Zu dem Uebertritt der bei ihm verbliebenen Steinbildhauer hat nun der Holzarbeiterverband den Anstoß auf Veranlassung der Zentralkommission selbst gegeben. Wenn die Kollegen diese Zeilen lesen, wird der Uebertritt bereits vollzogen sein. Ist die Zahl der zu uns stoßenden Steinbildhauer, die gleich uns um ihre Existenz ringen, auch nur klein, wir begrüßen sie auf das herzlichste und wünschen, daß sie sich im Zentralverband der Steinarbeiter bald heimisch und zu engster Waffenbrüderschaft mit uns sich verbunden fühlen.

Darum, Steinbildhauer-Kollegen, in Gedanken: Ein fester Händedruck, gegenseitig klar ins Auge geschaut und dann eingliedern in unsere Front zu gemeinsamer Arbeit nach der alten Parole: Einer für alle und alle für einen!

# 50 Jahre Geologische Landesuntersuchung in Sachsen.

Vom Landesgeologen Dr. Kurt Pietzsch, Leipzig.

Am 6. April blickte die Geologische Landesuntersuchung auf ihr 50jähriges Bestehen zurück. Ihrer im Jahre 1872 erfolgten Gründung geht eine lange Vorgeschichte voraus, die mit den Anfängen der mineralogischen und bergmännischen Durchforschung Sachsens verknüpft ist. Schon 1789 wurde unter der Leitung des berühmten Geognosten A. G. Werner von Staats wegen eine erste planmäßige geologische Durchforschung des Landes in Angriff genommen, deren Ergebnisse aber nicht veröffentlicht wurden. Als dann die Kameralverwaltung in Dresden eine topographische Karte i. M. 1 : 120 000 hatte herstellen lassen, begann eine völlig neue Epoche der Entwicklung. Der zuerst in Freiberg, dann an der Universität Leipzig wirkende Professor der Mineralogie und Geognosie C. F. Naumann bearbeitete auf diese topographischen Grundlage in der Zeit von 1835 bis 1845 eine „geognostische Specialcharte des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Länder-Abtheilungen", die in 12 Blättern mit 5 Heften Erläuterungen erschien. Damit war das Königreich Sachsen der erste Staat, der eine spezielle geologische Untersuchung des Landes aus Staatskosten hatte ausführen lassen. Längere Zeit stand diese mit Handkolorierung vervielfältigte Karte als glänzendes Beispiel in Deutschland und beinahe auf der ganzen Erde vereinzelt da. Später folgten kurz aufeinander ähnliche Untersuchungen und Kartenwerke für andere europäische und bald auch für außereuropäische Länder. Es kann nicht überraschen, daß die Nachfolger auf diesem Gebiete immer vollkommenere und in größerem Maßstabe aufgenommene Karten lieferten. Auch in Sachsen stellte sich allmählich immer dringender das Verlangen nach einer in Farbendruck hergestellten Spezialkarte ein, die auch die für Land- und Forstwirtschaft so wichtigen Flachlandsgegenden eingehend berücksichtigt.

Daher beauftragte nach vorausgehenden mannigfachen Erörterungen das Finanzministerium am 6. April 1872 den damaligen außerordentlichen Professor der Geologie an der Universität Leipzig, Dr. Hermann Credner, mit der Organisation einer neuen geologischen Landesuntersuchung. Sie erhielt ihren Sitz in Leipzig, Talstraße 35, wo sie ihn heute noch hat. Als Aufgabe wurde der neuen Anstalt gestellt: „die möglichst genaue Erforschung des geologischen Baues, des Mineralreichtums und der Bodenverhältnisse des Landes sowie die Nutzbarmachung der gewonnenen Resultate für die Wissenschaft, für Land- und Forstwirtschaft, für Bergbau und Verkehr sowie die übrigen Zweige technischer Betriebsamkeit." Diesen Zwecken sollte in erster Linie die Aufnahme und Veröffentlichung einer geologischen Spezialkarte i. M. 1 : 25 000 dienen; deren einzelnen Blättern erläuternde Texte beizugeben seien.

Mit einer Reihe von teils fest angestellten, teils nur vorübergehend tätigen Geologen (zeitweilig gleichzeitig bis 8) wurde die Aufnahme des Landes in der überraschend kurzen Zeit von etwa 25 Jahren ausgeführt und 126 Kartenblätter mit teilweise recht ausführlichen erläuternden Textheften veröffentlicht. Die Karten fanden ungeteilten Beifall und erwiesen sich nicht nur für wissenschaftliche, sondern vor allem auch für die verschiedensten wirtschaftlichen Zwecke als außerordentlich nützlich und wertvoll. Es war daher bald eine Anzahl von Blättern vollständig vergriffen und mußte neu aufgelegt werden. Da die wissenschaftliche Erkenntnis inzwischen wesentliche Fortschritte gemacht hatte und durch Steinbrüche, Sandgruben, Straßenbauten u. a. m. viele neue Aufschlüsse geschaffen worden waren, konnte man nicht einfach zu einem Nachdruck der vergriffenen Kartenblätter schreiten, sondern war zu einer tatsächlichen Neuaufnahme großer Strecken gezwungen. Bis jetzt sind 62 Blätter in zweiter Auflage erschienen. Auch heute herrscht wieder besonders lebhafte Nachfrage nach geologischen Karten. Gerade der Krieg hat wesentlich dazu beigetragen, daß weite Kreise mit der Möglichkeit der Verwendung geologischer Kenntnisse für die verschiedensten Zwecke vertraut geworden sind.

Neben ihrem wissenschaftlichen Ziel — der geologischen Erforschung des Landes — wandte sich die Geologische Landesuntersuchung im Laufe der Zeit immer mehr auch zur Verwertung der gewonnenen Resultate in wirtschaftlicher Hinsicht. Diesen Zweck verfolgt eine Anzahl monographischer Bearbeitungen nutzbarer Lagerstätten (Erze und Kohlen). Die Ausdehnung derartiger Untersuchungen auf andere Rohstoffe, wie Bausteine, Tonlager und ähnliches, ist in Angriff genommen.

Die bodenkundlichen Verhältnisse des Landes wurden schon früher in den Erläuterungsheften zu einer Anzahl Kartenblättern besonders behandelt, aber bei weitem noch nicht bei allen Karten und auch noch nicht mit der wünschenswerten Berücksichtigung aller für die Bodenbeurteilung wichtigen Erscheinungen. Es ist daher seit 1918 bei der Geologischen Landesuntersuchung ein besonders bodenkundliches Laboratorium eingerichtet worden, und die Erforschung der sächsischen Böden für landwirtschaftliche Zwecke wurde kräftig in Angriff genommen.

Seit einigen Jahren widmet sich die Geologische Landesuntersuchung auf Grund eines wiederholt im Landtag geäußerten Verlangens auch der Erforschung der Grundwasserverhältnisse. Es wird zu diesem Zwecke gegenwärtig an etwa 600 Brunnen, die über das ganze sächsische Flachland verteilt sind, durch eine große Anzahl von freiwilligen Helfern wöchentlich einmal die Lage des Wasserspiegels festgestellt. Im gebirgigen Teil des Landes sollen in nächster Zeit dazu noch regelmäßige Quellmessungen treten. Man darf erwarten, daß sich auf diesem Wege allmählich ein genaueres Bild über den Wasserhaushalt wird gewinnen lassen, und daß sich daraus wieder wichtige Folgerungen für die Wasserversorgung der Siedlungen und Industrieanlagen des Landes ergeben werden.

Sind auch die geologischen Arbeitsmethoden zunächst rein wissenschaftlicher Art, so erweisen sich ihre Ergebnisse als unentbehrlich für eine Reihe der wichtigsten Aufgaben wirtschaftlicher Natur. Die Geologische Landesuntersuchung erteilt daher Behörden und Privaten fachmännischen Rat bei Bauten aller Art bezüglich der Beschaffenheit des Baugrundes und der Baumaterialien, bei Bodenuntersuchungen für land- und forstwirtschaftliche Zwecke, bei industrieller Ausbeutung der im Boden liegenden Rohstoffe durch heimische, bei Planung von Wasserversorgungsanlagen und vielem andern.

So ergibt sich für die Geologische Landesuntersuchung dauernd ein umfangreiches und mannigfaltiges Arbeitsprogramm, dessen Erledigung im Dienste des wirtschaftlichen Gedeihens des Allgemeinheit steht.

# Kämpfen.

Es gibt heute noch viele Proletarier, die sich trotz ihrer wirtschaftlichen Knechtschaft nicht um das praktische Leben draußen kümmern, die geistig völlig abgestumpft sind und in Zufriedenheit einen Lohn in einem Jenseits erhoffen für all das Elend, das sie hier auf Erden ertragen mußten. Sie mögen hoffen, wenn sie dazu das Bedürfnis haben, aber sie haben deshalb nicht das Recht, die Augen zu verschließen gegen das Leben. Sie haben vielmehr die sittliche Pflicht, das Leben zu gestalten und es hinaufzuführen zu den Höhen, auf denen der Mensch dann endlich einmal wirklich Mensch ist.

Der Kampf um den Sieg der Gerechtigkeit hier auf der Erde, das ist der größte sittliche Gedanke des Menschengeschlechts, und selbst als Schiller in seinen Sturm- und Drangjahren in überschwellender Freude von dem liebenden Vater da oben jubelte, sah er in diesem Vater zugleich den Weltenrichter, der da hier auf Erden das Ideal zur Wirklichkeit zu machen hat. Und dann dringt er immer mehr ein in die Tiefe dieses sittlichen Wachsensgedankens, und er erkennt immer mehr, daß der Gott in deiner Brust wohnt, daß aus dir heraus allein das Neue kommen kann, das Ideal.

Ein sittliches Prinzip zieht sich durch die ganze Entwicklung des Menschengeschlechts, der Gedanke der wachsenden Harmonie. Das Ideal soll werden, die höchste Geistigkeit, Liebe. Durch uns. Aus jedem einzelnen von uns heraus. Mögen sie drüben auch gegen uns kämpfen und über uns spotten. Das Ideal muß werden zur Wirklichkeit, weil der zur Harmonie wachsende Gedanke der Welt einfach nicht aufgehalten werden kann. „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht." (Schiller.) Und glücklich, wer diese seine sittliche Pflicht zum Siege des geistigen Weltgedankens und damit seine Pflicht gegen das Leben erkennt, wer als bewußter Kämpfer für das Neue ein Ahnen dieses neuen, großen Erhabenen schon heute in seiner Brust fühlt.

# Streiks und Lohnbewegungen im Verband im Jahre 1921.

Veranlaßt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse war das Jahr 1921 bis jetzt wohl das umfangreichste an Lohnbewegungen. Eine Teurungswelle trieb die andere. Die Gewerkschaften mußten versuchen, dem Steigen der Preise aller Lebensmittel und Wirtschaftsgegenstände mit den Lohn- und Teurungszulagen für ihre Verbandsmitglieder zu folgen. Ob dieses in allen Fällen mit Erfolg begleitet war, vermögen wir kaum zu bejahen, im Gegenteil, die Lohnsätze der Arbeiterschaft sind hinter der Teurungswelle stark zurückgeblieben; trotzdem in allen Verhandlungen versucht wurde, herauszuholen, was unter den gegebenen Umständen möglich war. In der Kriegszeit wurde von den Steinindustriellen bei Verhandlungen immer erklärt: „wenn wir Kriegslieferungen auszuführen hätten, dann wären auch wir in der Lage, Lohnsätze wie in anderen Industrien zu zahlen!" Diese Aufträge fehlten im großen ganzen in der Steinindustrie. Daher konnten wir mit unseren Lohnsätzen den anderen Industriearbeitern damals nicht folgen. Heute sieht es etwas anders aus, zum großen Teil sind wir nunmehr den anderen Arbeitern im Bauberuf mit den Lohnsätzen gefolgt, haben sie teilweise überholt. Und wenn wir unsere monatliche Arbeitslosenzählung mit Aufmerksamkeit verfolgen, so sehen wir den Grund, denn im letzten Jahr war die Konjunktur in der Steinindustrie keine schlechte.

Trotzdem waren wir gezwungen, in 110 Fällen zur Arbeitsniederlegung zu schreiten, um den Lohnforderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. 13 002 Verbandsmitglieder (darunter 385 weibliche) waren an diesen Arbeitseinstellungen beteiligt. Dieser Nachdruck hatte auch in den meisten Fällen Erfolg. Nur in 7 Fällen war die Arbeitseinstellung nicht von Erfolg begleitet. In zwei Orten war der Erfolg ein teilweiser, wie in der Zahlstelle Mayen, wo 200 im „christlichen Berufsverband" organisierte Steinarbeiter die Arbeit nach drei Tagen wieder aufnahmen. Eine Aussperrung mit 6 Kollegen wurde nach einigen Tagen mit Erfolg erledigt.

Außerdem waren wir an 48 Streiks anderer Gewerkschaften mit nur 178 Kollegen beteiligt. Vom Streik wurden 706 Betriebe betroffen, in diesen Streikorten wurden in 26 Betrieben mit 553 Kollegen die Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt.

Die Erfolge zeitigten eine Lohnzulage von 5 bis 135 M. pro Woche. Während im Anfang des Jahres die Zulagen sich in niedrigen Grenzen bewegten, mußte im späteren Jahresverlauf mit höheren Sätzen gerechnet werden, um der allgemeinen Teurung zu folgen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Zulagen von 5—10 | Mark | pro | Woche | erreichten 257 | Kollegen |
| 10—20 | „ | „ | „ | „ 1541 | „ |
| 20—30 | „ | „ | „ | „ 1654 | „ |
| 30—40 | „ | „ | „ | „ 626 | „ |
| 40—50 | „ | „ | „ | „ 1140 | „ |
| 50—75 | „ | „ | „ | „ 3747 | „ |
| 75—100 | „ | „ | „ | „ 2974 | „ |
| 100—135 | „ | „ | „ | „ 264 | „ |

198 weibliche Mitglieder waren an vorstehendem beteiligt, sie erreichten Zulagen von 20 bis 75 M. pro Woche.

Schlußberichte über Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurden dem Zentralvorstand 262 übermittelt; aber weit mehr Bewegungen haben stattgefunden. Das steht ohne Zweifel, nur hat man es verabsäumt, über jeden Erfolg einen Bericht einzusenden. An diesen Bewegungen waren 75 225 männliche und 1386 weibliche Mitglieder beteiligt, die sich auf 838 Orte mit 3957 Betrieben verteilten.

Die Bewegungen ohne Streik zeitigten folgendes Resultat:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 5—10 | Mark | pro | Woche | erhielten 7839 | Kollegen |
| 10—20 | „ | „ | „ | „ 6721 | „ |
| 20—30 | „ | „ | „ | „ 8628 | „ |
| 30—40 | „ | „ | „ | „ 5778 | „ |
| 40—50 | „ | „ | „ | „ 11267 | „ |
| 50—75 | „ | „ | „ | „ 17593 | „ |
| 75—100 | „ | „ | „ | „ 12632 | „ |
| 100—125 | „ | „ | „ | „ 3913 | „ |
| 125—150 | „ | „ | „ | „ 1866 | „ |
| 150—175 | „ | „ | „ | „ 242 | „ |
| 175—200 | „ | „ | „ | „ 37 | „ |
| 200—220 | „ | „ | „ | „ 95 | „ |

Die 1386 weiblichen Mitglieder waren von 5 bis 100 M. Zulage beteiligt. Aus vorstehender Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Erfolge ohne Streik weit höher sind, als wie mit Streik. Daß die Stärke und die Macht der Organisation vor allem bei den Lohnbewegungen ohne Streik zum Ausdruck kommt, ergibt auch die obige Zusammenstellung, denn ohne das organisatorische Zusammenwirken wäre das Resultat auf keinen Fall zu verzeichnen gewesen.

An Kosten für die Lohnbewegungen überhaupt wurden verausgabt:

| | |
|---|---|
| a) für Bewegungen ohne Arbeitseinstellung . . | 78 681 M. |
| b) für Streiks (Zentral und Lokal) . . . . . | 1 617 094 „ |
| c) für Aussperrungen . . . . . | 454 „ |
| d) für Mitglieder, die an Kämpfen anderer Gewerkschaften beteiligt waren . . . . . | 50 417 „ |
| Summa: | 1 746 646 M. |

Welche Aufopferung, Arbeit, aber auch Verdruß in diesen Lohnbewegungen verankert ist, können die Kollegen am besten bemessen, die diese Arbeit zu erledigen haben. Daß diese Resultate nicht befriedigend sein können, ist jedem Beteiligten klar, denn alle mühevolle Arbeit um das Zustandekommen wurde in einigen Wochen durch neue Preissteigerungen wieder überholt. Diese Zustände halten an bis auf den heutigen Tag. Die Unzufriedenheit und Erbitterung der arbeitenden Volksmasse steigt mit jeder Teurung und wird zum Ausdruck gebracht an jene, die die wirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten haben. Daß aber diese auch an den Zuständen nichts ändern können, müßte jedem Kollegen bewußt werden, diese können nicht verantwortlich gemacht werden für die unzureichende Lohnbemessung. Trage nun jeder Kollege seinen Teil dazu bei, den Verband weiter zu kräftigen, die oben kurz angegebenen Ziffern sind Unterlagen für die Gewinnung neuer Mitglieder. Durch solche Agitationsarbeit wird die Vorbedingung geschaffen zu weiteren Erfolgen und zur Sicherung der Existenz, soweit dies unter den heutigen Zuständen überhaupt möglich ist.

# Aus den Zahlstellen.

**Dornap.** Außer dem Zentralverband der Steinarbeiter haben an dem Zustandekommen der nachfolgenden Lohnvereinbarung noch sechs andere Verbände (Hört, hört!) mitgewirkt. Diese Verbände sind: Berufsverband Deutscher Steinarbeiter (Christl.), Gewerkverein der Berg-Grubenarbeiter (H. D.), Gewerkverein der Metallarbeiter (H. D.), Deutscher Metallarbeiterverband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Als Kontrahent dieser Vereinbarung steht den sieben Organisationen der Arbeitgeberverband der Kalk- und Dolomit-Industrie, Bezirksverband Elberfeld gegenüber. Unsere Verbandsmitglieder können allein schon aus diesem Zustande ermessen, wer alles in den Betrieben der Natursteinindustrie Mitglieder sucht. Doch darüber ein andermal mehr.

Die Lohnvereinbarung wurde am 10. Juni getroffen für den Monat Juni und lautet:

a) Handwerker und Maschinisten

erhalten einen Stundenlohn im Alter von 17 bis 18 Jahren 12.75 bis 13.65 M., 18 bis 19 Jahren 16.25 bis 16.80 M., 19 bis 21 Jahren 20.15 bis 20.90 M., über 21 Jahre 23.15 bis 24 M.

b) Tagelöhner und Hilfsarbeiter

erhalten einen Stundenlohn im Alter von 14 bis 15 Jahren 7 bis 7.60 M., 15 bis 16 Jahren 8.50 bis 9.30 M., 16 bis 17 Jahren 10.30 bis 10.65 M., 17 bis 18 Jahren 11.75 bis 12.20 M., 18 bis 19 Jahren 15.55 bis 16 M., 19 bis 21 Jahren 18.50 bis 19.15 M., über 21 Jahre 22.30 bis 28 M.

c) Akkordarbeiter

erhalten einen Akkordgrundstundenlohn von 28.50 M.

Der jeweilige Akkordsatz wird in der Weise ermittelt, daß der Akkordgrundstundenlohn plus 25 Prozent für Steinbrecher und plus 30 Prozent für Bohrer und Ofenarbeiter zugrunde gelegt wird. Diese Grundlage dividiert durch die festgelegte Durchschnittsleistung, ergibt dann den Akkordsatz.

d) Kinder- und Frauengeld.

Das Kinder- und Frauengeld wird wie bisher, pro Schicht und Kind mit 3.50 M. gezahlt.

# AUFRUF!

## Wer will von den Verbandsmitgliedern mithelfen?

Es wird nicht allen Verbandsmitgliedern bekannt gewesen sein, daß die Redaktion des „Steinarbeiter" im Besitz einer äußerst reichhaltigen und wertvollen Gesteins-, Mineralien- und Petrefaktensammlung war, die dem Verband in beruflicher und anderer Hinsicht große Dienste geleistet hat. Die Sammlung hatte von unserem verstorbenen Kollegen Alois Staudinger, durch wirksame Hilfe einzelner Kollegen in Stadt und Land, in Bruch und Werkstatt, die Grundlage erhalten und wurde fortwährend erweitert! Durch die Zerstörung unserer Bureauräume beim Kapp-Putsch (1920) ging die wertvolle Sammlung im Brandherd vollständig verloren. — Nachdem nun die Verbandsleitung wieder ins Volkshaus übergesiedelt ist, soll versucht werden, die eingebüßte Gesteinssammlung erneut anzulegen; das ist aber nur möglich durch Hilfe der Kollegen!

Für die Tarifstelle im Hauptbureau müssen möglichst alle technischen Gesteine zur Hand sein, die irgendwie und irgendwo in Deutschland so oder so bearbeitet oder gewonnen werden. Die polierfähigen Hartgesteine, Marmore und sonstige Arten sollen in kleinen Plättchen 12 × 8 in gewöhnlicher Plattenstärke, rings herum mit geraden Kanten hergestellt sein. Marmor nur poliert; die Hartgesteine auf der Vorderfläche entweder halb poliert, geschliffen oder gestockt. Lithographiestein- und Schieferplättchen nur geschliffen.

Alle nicht polierfähigen Gesteine, wie Sandstein, Kalkstein, Dolomit, Tuff, Granitarten usw., sollen, wenn sie nicht im kleinen Verblendplatten 12 × 8 geliefert werden können, als Würfel etwa 10 × 10 angefertigt werden, damit die Einheitlichkeit der technischen Sammlung gewahrt wird und ihre Unterbringung möglich ist.

Auf jedem Stück muß beim Einsenden ein Zettel geklebt werden, der vermerkt: Name des Materials und Fundort, Name des Unternehmers, der es gewinnt und bearbeitet bzw. bearbeiten läßt.

Die Redaktion des „Steinarbeiter" beabsichtigt, eine Mineralien- und Petrefaktensammlung wieder anzulegen; auch bei dieser Sammlung muß Name des Gesteins oder wenigstens der Fundort angegeben werden. Die Kollegen in den Brüchen werden dringend gebeten, Mineralien, Kristalle und Versteinerungen zur Verfügung zu stellen.

Soweit die technische Gesteinssammlung in Frage kommt, besteht nun die Möglichkeit, daß von mehreren Orten dieselben Sorten unnötigerweise eingesandt werden, daher kann jedes Steinbruchsgebiet immer nur die Gesteine überweisen, die dort gewonnen und bearbeitet werden. Zum Beispiel, daß nicht aus dem Lausitzer Gebiet, etwa Granite aus dem Fichtelgebirge und Odenwald gesandt werden oder umgekehrt; ebenso Mainsandstein oder Maulbronner Sandstein aus Norddeutschland usw. Aehnlich verhält es sich mit den vielen Marmorsorten des In- und Auslandes. Auf alle Fälle ist anzuraten, sich vorher mit der Tarifstelle in Verbindung zu setzen. Die entstehenden Kosten werden sicherlich von den Zahlstellen getragen werden können, denn die geplante Sammlung liegt vor allen Dingen im Interessengebiet unserer gesamten Mitglieder, und wer nun dazu beitragen kann, stehe nicht zurück!

# Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(V. W. B.) Die Anleiheverhandlungen in Paris sind vorläufig abgebrochen worden, nachdem das Bankierkomitee in einer ausführlichen Denkschrift alle die Gründe zur Darstellung gebracht hat, die vorläufig dem Zustandekommen einer Reparationsanleihe im Wege stehen. Auf Monate hinaus kann also die deutsche Wirtschaft auf keine Hilfe von dieser Seite rechnen. In der vergangenen Woche hat der Entwertungsprozeß der Papiermark wieder unheimliche Fortschritte gemacht, die Preissteigerungen der wichtigsten Lebensbedürfnisse setzen demgemäß in verschärftem Tempo ein. In der kommenden Woche finden erneute Verhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben statt, um die Bezüge dieser Gruppen wieder einigermaßen mit der Teuerung in Einklang zu bringen. Die Regierung hat dem jetzt in Berlin eingetroffenen Garantiekomitee Vorschläge gemacht, um einer weiteren Entwertung der Mark entgegenzutreten. Die Ursachen unseres Währungsverfalls sind allerdings ohne einsichtige Mitwirkung unserer Gläubiger nicht aus der Welt zu schaffen. So bedauerlich an sich der in den letzten Tagen erfolgte Zusammenbruch der österreichischen Währung ist, dessen wirtschaftliche und politische Folgen sich noch gar nicht übersehen lassen, so heilsam war gerade vielleicht dieser Vorfall für diejenigen Geister, die noch immer glauben, daß die Welt durch Gewaltmaßnahmen einer besseren Zukunft entgegengeführt werden könne. Ueber Nacht ist in Zentraleuropa die Gefahr einer neuen aus fürchterlichster Verzweiflung geborenen bolschewistischen Bewegung aufgetaucht. Dem französischen Rentnervolke ist infolgedessen der Schreck dermaßen in die Glieder gefahren, daß selbst Poincare die Bereitstellung einer Anleihe für Oesterreich, wenn auch nur in sehr bescheidenem Umfange befürwortete. Man sollte meinen, daß der Zusammenbruch des durch den Frieden von St. Germain aller natürlichen Hilfsquellen beraubten Donaustaates die französischen Politiker auch in bezug auf Deutschland zu einer vernünftigeren Stellungnahme veranlassen müßte. Die ersten Verhandlungen im Haag lassen allerdings eine solche Einsicht noch vermissen. Es wird sich in der nächsten Woche entscheiden, in welchem Sinne die europäische Politik weitergeführt werden soll. Davon hängt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft fast alles ab. Es handelt sich darum, ob uns die Möglichkeit gegeben werden soll, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen oder ob all unsere Bemühungen um redliche Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen mit einer Katastrophe enden soll, gegen die allerdings die jetzigen Vorgänge in Wien ein Kinderspiel wären. Das deutsche Volk darf durch politische Schwierigkeiten und Intriguenspiele sich nicht entmutigen lassen. Mag an der Börse die Unternehmungslust abflauen und das nervöse Volk der Spekulanten um seine braunen Lappen zittern! Der Arbeiter kann nicht die Hände in den Schoß legen und verzagen. Er muß täglich und stündlich für sich und seine Familie sorgen, um schlimmstes Unheil abzuwenden. Wir werden die jetzige Krise nur überstehen können, wenn wir uns unsere Arbeitsfreudigkeit durch nichts herabmindern lassen. Es ist traurig, daß gerade in dieser schweren Zeit von unverantwortlichen Elementen versucht wird, die Volksmassen aufeinander zu hetzen und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu stören. Das Beispiel Wiens steht warnend vor uns. Nur durch angestrengte Arbeit können wir ähnliche Schicksalsschläge von Deutschland abwenden, denn es ist immer zu berücksichtigen, daß die Stabilisierung der Mark nicht nur ein Reparations-, sondern auch ein Produktionsproblem ist. Es gilt, mit allen Mitteln das Gleichgewicht in der deutschen Zahlungsbilanz wieder herzustellen und eine weitere Verarmung zu verhindern.

**Die wirtschaftlichen Kräfte Oesterreichs.** Die Ursachen der katastrophalen Entwertung der österreichischen Krone liegen weniger auf finanzpolitischem Gebiet, sie sind vielmehr im Friedensvertrage von St. Germain zu suchen. Nachdem aus der alten Donaumonarchie die besten Wirtschaftsgebiete herausgeschnitten und an die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Italien usw. gegeben worden waren, verblieb noch ein wirtschaftlicher Torso, das heutige deutsche Oesterreich. Dieser Staat ist infolge seines gebirgigen Charakters nicht in der Lage, seine Bevölkerung aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion zu ernähren, durch den vorerwähnten Friedensvertrag sind ihm aber auch alle Möglichkeiten beschnitten, mit Hilfe einer erhöhten, industriellen Produktion dem Mangel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch verstärkte Käufe im Auslande abhelfen zu können. In Oesterreich stehen für den Ackerbau nur 24 Prozent des Bodens zur Verfügung gegen 48,6 Prozent in Deutschland. Es müssen alljährlich etwa 30 000 bis 40 000 Waggons Brotgetreide aus dem Auslande eingeführt werden. Aus der inländischen Kartoffelproduktion können jährlich etwa 150 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden gegen 350 Kilogramm im früheren Oesterreich. Infolge des Mangels an Düngemitteln und der Verringerung der Anbaufläche können zur Zeit nicht einmal 40 Kilogramm Zuckerrüben pro Kopf erzeugt werden gegen 215 Kilogramm im alten Oesterreich. Der Viehbestand ist durch die Kriegszeit stark heruntergekommen und vermag noch immer nicht den inländischen Fleischbedarf zu decken. Einer der wichtigsten Posten in der österreichischen Wirtschaftsbilanz ist sein Holzreichtum, dem es eine hochentwickelte Holz- und Papierindustrie verdankt. Sehr ungünstig ist Oesterreich hinsichtlich der bergbaulichen Erzeugnisse gestellt. Wohl reicht die inländische Erzförderung zur Versorgung der Eisenindustrie aus, die erforderlichen Brennstoffe müssen jedoch zum allergrößten Teile im Auslande gekauft werden. Der Monatsbedarf an Kohle beträgt etwa 1,1 Millionen Tonnen Kohle und 110 000 Tonnen Koks. Dem steht eine durchschnittliche Produktion von ungefähr 240 000 Tonnen Kohle in den österreichischen Alpenländern gegenüber. Hierbei handelt es sich noch dazu größtenteils um eine sehr minderwertige Braunkohle. Oesterreich ist deshalb auf die Zufuhr von Brennstoffen aus der Tschechoslowakei und Deutschland angewiesen. Man versteht unter diesen Verhältnissen, daß die scharfe Kurssteigerung der tschechischen Krone im Januar d. J. der österreichischen Industrie gefährliche Wunden schlug. Auch hinsichtlich des Bezugs von Erdöl ist der Rumpfstaat vollkommen vom Auslande abhängig. So lange Kohle und Petroleum in unbegrenzten Mengen und zu billigen Preisen zur Verfügung standen, hatte man es nicht nötig, die reichlich vorhandenen Wasserkräfte der Alpenländer auszunutzen. Heute liegen großzügige Pläne vor, deren Ausführung Oesterreich wenigstens hinsichtlich der Regelung des Verkehrs und der Versorgung eines großen Teils seiner Industrie mit Energie von der ausländischen Kohlenzufuhr unabhängig machen könnte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist jedoch an die Ausführung derartiger Kulturarbeiten gar nicht zu denken. In welch verhängnisvoller Weise durch den Frieden von St. Germain alte wirtschaftliche Zusammenhänge zerrissen wurden, zeigt sich besonders in der Textilindustrie. Die österreichische Baumwollspinnerei kann zum Beispiel mit ihren 1,2 Millionen Spindeln rund 30 000 Webstühle beschäftigen, während tatsächlich nur noch 12 000 Webstühle in Oesterreich stehen, es müssen also zwei Drittel der Produktion der österreichischen Spinnereien in das Ausland (Tschechoslowakei) ausgeführt und nach erfolgter Verarbeitung wieder zurückgebracht werden, um den hochentwickelten inländischen Bleichereien Färbereien und Appreturanstalten, sowie der Konfektion Beschäftigung zu sichern. Die Rohstoffversorgung der österreichischen Textilindustrie erfolgt natürlich nur durch Käufe im Ausland. So werden bei normaler Beschäftigung jährlich eingeführt: 45 Millionen Kilogramm Baumwolle, 12 Millionen Kilogramm Schafwolle, 5 Millionen Kilogramm Hanf, 1½ Millionen Kilogramm Flachs und 10 Millionen Kilogramm Jute.

Es zeigt sich also, daß das heutige Oesterreich in jeder Hinsicht vom Auslande abhängig ist und eigentlich keinerlei natürliche Schätze besitzt, die es als Aequivalent für die starke Einfuhr verwerten könnte. Es kann sich deshalb im jetzigen Moment nicht darum handeln, die Katastrophe von Oesterreich durch eine Währungsunion mit Deutschland abzuwenden, denn dadurch würden die Ursachen der Verarmung des unglücklichen Staates nicht beseitigt. Die Rettung kann nur im Anschluß des gesamten Staates an ein großes Wirtschaftsgebiet bestehen, das ihm alle diejenigen Rohmaterialien usw. zur Verfügung stellen kann, deren er bedarf. Auf diese Weise wäre es möglich, dem notleidenden österreichischen Volke wieder die Ausnutzung seiner Arbeitskraft und seiner technischen Fähigkeiten zu ermöglichen. Dann würde auch Wien, das unter der jetzigen Krise ganz besonders schwer leidet, wieder besseren Zeiten entgegengehen und mehr als bisher der Zentralpunkt des Handels nach Südosteuropa werden. Wenn unter den heutigen politischen Verhältnissen ein offener Anschluß Oesterreichs an Deutschland auch nicht durchführbar ist, so sollte man doch wenigstens alle Schranken niederreißen, die bisher die wirtschaftlichen Beziehungen und den Verkehr zwischen diesen beiden deutschen Ländern erschweren.

# Rundschau.

**Sociales.** Geschlecht und Leistungsfähigkeit. Wolfer-Wien hat die Erkrankungsziffer und die Schulleistungen von zusammen 2832 Schulkindern in Stadt- und Landschulen benutzt, um zu einem Urteil über die Beziehungen zwischen der Leistungsfähigkeit und dem Geschlecht zu gelangen. Durchweg überragt die Krankheitsziffer der Mädchen die der Knaben. Zur Zeit der Reife steigt die Mädchenkurve gegen die Knabenkurve besonders an. Zur Zeit der Reife verschlechtern sich aber die Leistungen bei beiden Geschlechtern. Die Untersuchungen zeigen, wie das Arbeitsleben auf die körperlichen Zustände Rücksicht zu nehmen hat und wie besonders die Arbeit der Frau der weiblichen Natur entsprechen muß.

Berufskrankheiten. Wie die Zeitschrift für soziale Hygiene berichtet, ist die Ausdehnung der Arbeiterunfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten im österreichischen Nationalrat beantragt worden.

Jugendschutz und Organisation. In Japan liegt der Jugendschutz noch sehr im Argen. Es arbeiten dort der Sozialen Praxis zufolge 10 914 Kinder im Alter von 10—12 Jahren und 133 570 Kinder im Alter von 12—15 Jahren. Da es in Japan nun im ganzen etwa eine Million Fabrikarbeiter gibt, so stellt die Kinderarbeit rund 15 Prozent dieser Arbeitskräfte. Diese Zahlen lassen uns erkennen, wie sehr die proletarische Bewegung dort noch zurück ist. Es regt sich auch in Japan gerade nach dem Kriege ein neuer Geist im Proletariat, aber daß solche Zustände in der proletarischen Jugend möglich sind, zeigt, daß dort erst die Keime der proletarischen Entwicklung vorhanden sind. Sozialer Fortschritt und soziale Bewegung gehen immer parallel.

Häusliche Hygiene. Kaum glaubliche Zustände über den Mangel an häuslicher Hygiene meldet uns Thielemann in der Zeitschrift für soziale Kultur. Eine Umfrage in Mädchenschulen hat ergeben, daß von 819 Mädchen nur 400 eine eigene Zahnbürste haben und 185 nehmen an einer „Familienbürste" teil. Und bei den Knaben lag die Sache noch viel ärger. Soweit häusliche Hygiene möglich ist, sollte sie doch jeder Arbeiter durchführen! Aber leider fehlt uns heute noch allzu sehr die hygienische Aufklärung. Wenn die Schule versagt, nehmen sich die Krankenkassen vielleicht einmal dieser Frage an, denn sie haben selber ein großes materielles Interesse an der Durchführung hygienischer Aufklärung.

**Die Selbstmorde** werden von gegnerischer Seite immer wieder als Beweis dafür hingestellt, wie dem Proletariat die innere Selbstzucht, das innere Gewissen fehle und es wird dann immer wieder gesagt, daß die ganze Gestaltung des Lebens nichts nütze, wenn der Mensch nicht auch innerlich wachse. An der Bedeutung der Selbsterziehung zweifelt niemand, aber wir wissen, daß das Leben draußen von einschneidender Bedeutung ist. Die Verhältnisse des Lebens sind es, die immer wieder auf den gesundheitlichen Zustand einwirken. Und dieser gesundheitliche Zustand wieder ist es, der so manches andere im Gefolge hat. Und dazu gehören die Selbstmorde. Das Bayrische Statistische Landesamt hat jetzt festgestellt, daß der weitaus größte Teil der Selbstmörder an Geisteskrankheiten und körperlichen Leiden gelitten hat. Damit ist wieder einmal neu wissenschaftlich erwiesen, daß das Leben draußen vor allem der Quell alles Schlechten in der Welt ist.

**Der Achtstundentag der Lehrlinge.** Ein Handwerksmeister in Dresden hatte die Fortbildungsschulzeit seiner Lehrlinge nicht auf die Arbeitszeit angerechnet und die Lehrlinge somit länger als acht Stunden beschäftigt. Obwohl Eltern und Lehrlinge mit dieser Arbeitszeit einverstanden waren, hat das Gericht den Meister auf Anzeige der Gewerbeaufsicht zu 20 M. Strafe verurteilt. Zu dem gleichen Urteil kam auch die Berufungsinstanz, die auf die Einwendung des Meisters, es handle sich um Lehrlinge, erklärte, der Gesetzgeber verstehe unter „gewerblichen Arbeitern" auch die Lehrlinge. Damit gelte auch für die Lehrlinge der Achtstundentag.

**Die Ernährung der proletarischen Schulanfänger.** Man hat seit langem das Wachstum der Kinder erforscht und dabei festgestellt, daß das Längenwachstum wie jedes Wachstum eine Wellenbewegung aufweist. Von einschneidender Bedeutung für das Wachstum des Kindes ist das erste Schuljahr, in das jetzt wieder so viele Kinder eingetreten sind. Untersuchungen an Schulkindern in Böhmen haben ergeben, daß bei 21 Prozent der Schüler am Schlusse des ersten Schuljahres eine Gewichtsabnahme bis zu 3 Kilogramm und bei 25 Prozent ein Stillstand der Gewichtszunahme erfolgte. In den folgenden Schuljahren waren die Zahlen auch noch ungünstig, aber doch bedeutend besser als die aus dem ersten Schuljahre. Diese Untersuchungen zeigen uns, wie sehr das Kind von den wenigen Schulstunden und der scheinbar geringen Arbeitsleistung angestrengt wird. und wie notwendig gerade im ersten Schuljahre die gute Ernährung ist. Und das diese im Proletariat so oft leider fehlt, das wird der Grund sein, weshalb diese traurigen Zahlen möglich wurden. Würde man bei jenen Untersuchungen das soziale Verhältnis berücksichtigt haben, dann hätte man ohne Zweifel gefunden, daß jene Kinder mit gesunkenem Gewichte den sozial tiefer stehenden Schichten angehörten. Eine ausreichende Entlohnung ist eine sittliche Pflicht gegenüber der neuen Generation.

**Krankheit und Produktion.** Ein Amerikaner, Brasher, setzt sich im Journ. of industr. hyg. ernstlich für eine bessere Gesundheitsfürsorge der Arbeiter ein, und zwar im Interesse des Unternehmertums. Brasher zeigt, welche Bedeutung die Gesundheit der Arbeiterschaft für die nationale Produktion hat, und er hat sogar ausgerechnet, daß der Arbeitsausfall durch Krankheit in der englischen Industrie wöchentlich auf 2 Millionen Pfund anzuschlagen ist. Davon könnte, so sagt er weiter, bis zu 70 Prozent durch entsprechende ärztliche Ueberwachung vermieden werden. Das sind Tatsachen, die von Arbeitnehmerseite schon lange erkannt und behauptet worden sind und jetzt anscheinend immer mehr auch in die Unternehmerhirne eindringen. So haben wir den Zwang der ökonomischen Entwicklung auf unserer Seite. Die Entwicklung geht unseren Weg mit Naturnotwendigkeit.

**Die Kriegsbeschädigten in England.** Bis jetzt haben in England vom 1. August 1919 an 47 095 Soldaten, die kriegsbeschädigt sind, ihre Umschulung vollendet. Bis Ende November vergangenen Jahres hatten sich davon 17 Prozent dem Baugewerbe zugewandt, 11 Prozent der Konfektion, 10 Prozent der Kunsttischlerei und 8 Prozent dem Wagenbau.

**Die Not der Lehrlinge.** Wie sehr auch in Deutsch-Oesterreich das Lehrlingswesen im argen liegt, kommt in den Berichten der österreichischen Gewerbeaufsicht zum Ausdruck. Allgemein wird über das Umsichgreifen der Lehrlingszüchterei geklagt, über die mißbräuchliche Verwendung der Lehrlinge, die ungesetzliche Ausdehnung der Arbeitszeit und die mangelhafte Ausbildung und die Fernhaltung der Lehrlinge von den gewerblichen Fortbildungsschulen. In einzelnen Bezirken ist der Besuch der Fortbildungsschule besonders kläglich, so daß selbst die Lehrherren darüber klagen, daß auf diese Weise selbst die Grundbegriffe des Lesens und Schreibens vergessen werden. Damit ist die Fortbildungsschule schon deshalb erforderlich, damit der allgemeine Schulbesuch nicht illusorisch wird.

**Licht, Wärme und Muskelkraft.** Ueber die Beziehungen zwischen Licht, Wärme und Muskelkraft hat man in Kopenhagen interessante Untersuchungen angestellt. Die Sonnenwärme hemmt danach die Muskelkraft; das Licht gleich nach der Sonnenwende hingegen steigert sie. Die Muskelkraft wächst mit der Lichtstärke. Die Muskelkraft steigt mit der Lichtstärke vom Januar ab. Die hohe Temperatur vom Juni und vom August bewirkt einen Stillstand. Die sinkende Temperatur verursacht vom September ab ein Steigen. Anfangs November tritt wegen geringer Lichtstärke und Wärme ein Stillstand der Muskelkräfte ein. Der Uebergang in die Höhe oder der dauernde Aufenthalt im Hochgebirge beeinflußt die Muskelkraft nicht, dagegen bewirkt eine Rückkehr in tiefer liegende Gebiete mit höherem Luftdruck vorübergehend eine Steigerung derselben.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Betrifft Extrasteuer für die streikenden Metallarbeiter.** Von mehreren Zahlstellenverwaltungen wird geklagt, daß sich einzelne Mitglieder weigern, die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene einmalige Extrasteuer von 5 Mark für männliche und 3 Mark für weibliche Mitglieder zu bezahlen, weil der Streik vorbei sei. Es sei jedoch betont, daß der Beitrag sofort aus der Hauptkasse bezahlt werden mußte, um den Streikenden die notwendige Unterstützung sicherzustellen.

Es wurde schon bei der Ausschreibung in Nr. 19 des Steinarbeiters darauf hingewiesen, daß jedes Mitglied zur Leistung dieses Extrabeitrages verpflichtet ist und der eventuelle Bezug von Unterstützungen vom Kleben dieser Extramarke abhängig gemacht wird. Den zur Zeit erwerbslosen Mitgliedern kann der Extrabeitrag bis zur nächsten Arbeitsgelegenheit gestunden werden.

Wir bringen diese Bestimmungen nochmals in Erinnerung und ersuchen alle Mitglieder, ihren Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen, um sich selbst vor Schaden zu bewahren.

*

**An die Zahlstellenkassierer.** Das Abrechnungsformular hat dem Rundschreiben beigelegen und ist bis zum 15. Juli in allen Teilen ausgefüllt an die Hauptkasse zurückzusenden.

Die ab 3. Juli 1922 ungültigen Eintritts-, Ersatz- und Erwerbslosenmarken, sowie durch die neue Beitragsregulierung überholten Beitragsmarken und übrigen Extrasteuermarken sind gleichzeitig mit der Abrechnung einzusenden.

Die neuen Marken können den Zahlstellen erst dann zugestellt werden, wenn mit den alten Marken abgerechnet ist.

Die Mitgliederbewegung auf der vorderen Seite des Abrechnungsformulars muß genau geführt werden und sind die Zeitungen mit der Mitgliederzahl am Ort immer in Einklang zu bringen.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**München.** Die zureisenden Kollegen werden ersucht, vor Arbeitsannahme oder Umschau auf den Plätzen, sich erst mit der Ortsverwaltung in Verbindung zu setzen.

## Adressenänderungen.

**2. Gau.**

**Striegau.** Vors.: Gust. Müller, Promenade 3, Volkshaus. Kass.: Franz Menzel, Promenade 3, Volkshaus, Telephon 266.

**3. Gau.**

**Brambach i. V.** Vors.: Willy Wenzel; Kass.: Gustav Gütter, Hohendorf 7, Post Brambach i. V.

**Oberdorla i. Thür.** Vors.: Heinrich Barthel, Mühlhäuser Straße 49.

**4. Gau.**

**Dörnberg b. Kassel.** Vors. u. Kass.: Karl Vogel.

**7. Gau.**

**Neubau**, Post Fichtelberg (Oberfr.) Kass.: Jos. Kastl, Nr. 73 b.

## Abrechnung der Hauptkasse

### vom 1. Quartal 1922.

**Einnahme:**

| | | M. |
|---|---|---|
| Für Eintrittsgeld à 1.50 und 1.— M. | | 31.— |
| „ à 3.— „ 2.— „ | | 11 649.— |
| „ Beiträge, alte Marken à 3.50 | | 4 067.— |
| „ „ „ à 3.— | | 1 224.— |
| „ „ „ à 2.50 | | 1 667.50 |
| „ „ „ à 2.— | | 2 040.— |
| „ „ „ à 1.50 | | 495.— |
| „ „ „ à 1.— | | 376.— |
| „ neue Marken à 13.— | | 464 295.— |
| „ „ „ à 11.— | | 232 320.— |
| „ „ „ à 9.— | | 444 861.— |
| „ „ „ à 7.— | | 990 654.— |
| „ „ „ à 6.— | | 453 450.— |
| „ „ „ à 5.— | | 392 445.— |
| „ „ „ à 4.— | | 185 988.— |
| „ „ „ à 3.— | | 75 984.— |
| „ „ „ à 2.— | | 23 616.— |
| „ Erwerbslosenmarken, alte, à 0.50 M. | | 141.50 |
| „ „ neue, à 1.— | | 58 694.— |
| „ geliefertes Material an die Zahlstellen | | 4 564.15 |
| „ Abonnements und Inserate | | 6 920.40 |
| „ sonstige Einnahme (Zinsen, Denkmalsonds Staudinger u. dgl.) | | 23 799.02 |
| a conto-Zahlung der Zahlstellen auf 1. Quartal 1922 | | 34 388.37 |
| | | 3 413 669.94 |

**Ausgabe:**

| | | |
|---|---|---|
| Für Agitation und Lohnbewegungen: | | |
| a) Gauleitungen | 155 897.51 | |
| b) Zentralvorstand | 11 989.90 | |
| c) Zuschuß für Lokalangestellte | 78 131.70 | |
| d) Tarifberatungen (Reichs-, Bezirkst.) | 35 800.81 | 281 819.92 |
| Für Unterstützungen: | | |
| a) Arbeitslosenunterstützung | 158 490.45 | |
| b) Reiseunterstützung | 2 174.10 | |
| c) Krankenunterstützung | 438 580.35 | |
| d) Sterbeunterstützung | 7 765.— | |
| e) Streikunterstützung | 666 973.40 | |
| f) Gemaßregeltenunterstützung | 5 250.50 | |
| g) Umzugsunterstützung | 1 400.— | |
| h) Notfallunterstützung | 1 600.— | |
| i) Rechtsschutz | 26 099.98 | 1 308 333.78 |
| Für Verwaltung (persönliche) | | |
| a) Gehalt | 88 128.05 | |
| b) Versicherungsbeiträge | 6 597.55 | |
| c) Revisoren und Vorstandssitzungen | 3 554.90 | |
| d) Mankogeld | 75.— | 98 355.50 |
| Für Verwaltung (sachliche) | | |
| a) Bureaumiete, Reinigung, Heizung, Licht | 10 135.95 | |
| b) Telephon, Schreib- u. Packmaterial | 5 093.77 | |
| c) Porto, Bestellgeld, Strafporto | 9 570.35 | |
| d) Neuanschaffungen u. Reparaturen | 33 195.25 | |
| e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel | 43 200.50 | |
| f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten | 1 317.47 | |
| g) Verwaltung und Depotspesen für Wertpapiere | 97.— | |
| h) Postscheckgebühren | 280.99 | |
| i) Sonstige Ausgaben | 274.50 | 103 165.78 |
| Für Verbandsorgan | | |
| a) Redaktion | 11 237.50 | |
| b) Honorar für Mitarbeit | 1 020.50 | |
| c) Expedition | 3000.— | |
| d) Druckkosten und Papier | 245 643.40 | |
| e) Porto, Fracht, Rollgeld, Adressen, Streifbänder für Versand | 56 814.10 | |
| f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung | 1 229.30 | 318 944.80 |
| Bücher, Zeitschriften, Zeitungen | 1555.55 | 1555.55 |
| Sonstige Ausgaben | | |
| Beitrag a. d. Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsbund | 58 115.50 | |
| „ an das internat. Sekretariat | 379.65 | |
| Delegationen und Konferenzen | 2 354.— | 60 849.15 |
| Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen | | 654 696.50 |
| Guthaben d. Zahlstellen v. 4. Quart. zurück | | 3 990.04 |
| | | 2 831 711.02 |

**Bilanz:**

| | | |
|---|---|---|
| Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1921 | | 2 978 402.97 |
| Einnahme im 1. Quartal 1922 | | 3 413 669.94 |
| Bestand und Einnahme 1922 | | 6 392 072.91 |
| Ausgabe im 1. Quartal 1922 | | 2 831 711.02 |
| Bestand der Hauptkasse am Schluß des 1. Quartals 1922 | | 3 560 361.89 |
| Davon waren b. Abschluß i. d. Lokalkassen | 334 731.21 | |
| in den Gaukassen | 109 962.77 | |
| in der Hauptkasse | 3 115 667.91 | 3 560 361.89 |

Leipzig, im Juni 1922.

Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren: gez. Thomas Haug, Paul Möckel, Max Seiler.

## Abrechnung der Zahlstellen

### vom 1. Quartal 1922.

**Einnahme:**

| | |
|---|---|
| An die Hauptkasse nicht abgesandte Gelder | 334 731.21 |
| Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen | 654 696.50 |
| Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken | 219 387.47 |
| Sonstige Einnahme | 58 585.66 |
| Guthaben aus der Hauptkasse zurück | 3 990.04 |
| | 1 271 390.88 |

**Ausgabe:**

| | |
|---|---|
| Erwerbslosenunterstützung am Ort | 27 612.50 |
| „ auf der Reise | 1 227.70 |
| „ bei Krankheit | 103 516.20 |
| Streikunterstützung | 36 649.40 |
| Gemaßregeltenunterstützung | 6 623.53 |
| Sterbeunterstützung | 2 499.— |
| Umzugsunterstützung | 250.— |
| Notfallunterstützung | 22 476.— |
| Agitation | 14 189.48 |
| Verwaltung (persönliche) | 218 768.20 |
| „ (sachliche) | 85 939.29 |
| Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate | 50 478.54 |
| Delegationen und Konferenzen | 101 518.12 |
| Sonstige Ausgaben | 70 476.90 |
| Guthaben bei der Hauptkasse | 34 388.37 |
| Bestand der Hauptkasse zurück | 282 384.52 |
| | 1 058 997.75 |

**Bilanz:**

| | |
|---|---|
| Bestand am Schluß des 4. Quartals 1921 | 1 276 587.35 |
| Einnahme im 1. Quartal 1922 | 1 271 390.88 |
| Bestand und Einnahme 1922 | 2 547 978.23 |
| Ausgabe im 1. Quartal 1922 | 1 058 997.75 |
| Bleibt Bestand | 1 488 980.48 |
| Davon gehört der Hauptkasse | 334 731.21 |
| Bleibt Bestand der Lokalkassen | 1 154 249.27 |

Leipzig, im Juni 1922.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Briefkasten.

**A. P.** Bei allem Interesse für die Bestrebungen der Impfgegner kann der „Steinarbeiter" von den übermittelten Unterlagen keine Notiz nehmen. Die Frage selbst ist unter Fachleuten noch nicht geklärt, viel weniger unter Laien, und eine Stellungnahme dazu so oder so, geht über den Rahmen einer Gewerkschaftszeitung hinaus.

## Neue Bücher, Zeitschriften usw.

**Der babylonisch-biblische Schöpfungsbericht und die Wissenschaft.** Von Bruno Sommer. Berlin 1922. J. H. W. Dietz Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Ladenpreis 14 M.

Der auf dem Gebiet der Religionsforschung seit Jahrzehnten tätige Genosse Bruno Sommer hat in seiner Schrift: „Der babylonisch-biblische Schöpfungsbericht und die Wissenschaft" ein lebendiges, aus einem reichen Tatsachenmaterial geschöpftes Bild der Schöpfungssagen geschaffen. Der Herkunft der Bibellegenden geht er wahrheitsmutig nach, und unerbittlich weist er alle Versuche zurück, innerlich unwahre Kompromisse zwischen der biblischen Darstellung und den Ergebnissen der Wissenschaft zustande zu bringen. Scharfe polemische Töne schlägt er gegen theologische Klopffechter und rückgratlose Gelehrte an. Den reichen Inhalt der Sommerschen Schrift spiegeln folgende Kapitel wider: Bibel, Naturwissenschaft und Ehrlichkeit. Weltschöpfungssagen der Primitiven. Die jüdische Schöpfungsgeschichte. Der Drachenkampf. Menschenschöpfung. Die Sternbilder. Außerbabylonische Schöpfungslegenden. Das Schöpferwort und der Eingott. Drachenkampf und Weltschöpfung in den Bibelschriften. Die Schöpfungsgeschichte in 1. Mose 1. 19 Abbildungen beleben die anschauliche Darstellung Sommers, der die wissenschaftliche Unhaltbarkeit des biblischen Weltbildes an der Hand eines umfangreichen, gesichteten Beweismaterials darlegt und dessen Entfernung aus der Schule mit überzeugender Kraft fordert.

**Ulkige Geschichten von der Eisenbahn.** Von Theodor Thomas. Illustriert von Rudi Heinisch. Verlag Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Frankfurt a. M. Das Büchlein, das soeben zu dem niedrigen Preise von 7.50 M. überall zu haben ist, wird jedem Freunde eines gesunden urwüchsigen Humors vergnügte Stunden bereiten.

**Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt** von Hans Hackmack. Diese in der Jugendschriftensammlung „Proletarische Jugend" erschienene Broschüre liegt in einer neuen Auflage vor. Der Preis für die Schrift beträgt 8 M. Sie kann von allen sozialistischen Jugendorganisationen, die bei ihrer Agitation dafür besondere Verwendung haben, zum ermäßigten Preise vom Verlag „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8/9, bezogen werden.

**„Proletarierjugend und Theater"** von Gerhart Seger. Verlag Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8/9. Preis 8 M. Organisationen erhalten bei Abnahme größerer Partien bedeutende Preisermäßigung.

**„Die Neue Zeit"**, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von vierteljährlich 32.50 M. zu beziehen. Einzelhefte kosten 2.50 Mark. Verlag: J. H. W. Dietz Stuttgart, Furtbachstr. 12. Die Zeitschrift erscheint im 40. Jahrgang, ist altbekannt, und wird von allen gern gelesen, die Wert legen auf theoretische Fortbildung in politischen und sozialistischen Fragen.

**Was will der Bund?** Leitsätze des Bundes: Religion des Sozialismus. Unentgeltlich und portofrei zu beziehen vom Bunde: Religion des Sozialismus, Rostock, Schillerstraße 27.

## Versammlungs-Anzeige.

**Achtung, Steinarbeiter der Niederlausitz!** Um endlich im Bezirk Niederlausitz geordnete Verhältnisse zu schaffen, werden die Kollegen der Ortschaften der Niederlausitz aufgefordert, in der am Sonntag, dem 25. Juni im Gewerkschaftshaus in Guben um 1 Uhr mittags stattfindenden Bezirksversammlung zu erscheinen.

Die Gauleitung. Gust. Nitsche.

**Nienstädt.** Am 2. Juli bei Gastwirt Ecke, vormittags 10 Uhr.


## Anzeigen

**Berlin.**

**Dienstag, den 27. Juni 1922, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal:**

**Versammlung aller Branchen.** Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Festsetzung der Beiträge. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung**

**Totschlag!**

**3000 Mark Belohnung!**

Am 1. Juni vormittags ist der Landwirt Heinrich Böge in Gödnitz (Anh.) bei Güterglück bei der Verfolgung eines Fahrraddiebes in der Feldmark Gödnitz von einem Unbekannten erschossen worden.

Der unbekannte Täter wird wie folgt beschrieben:

Alter: 20—23 Jahre, trug ein braunes Jackett und hellgraue Mütze. In dem am Tatort zurückgelassenen Rucksack befand sich ein alter Strohhut, eine braune irdene Flasche mit Kaffee und zwei Brotschnitten, welche in einen Bogen der Fachzeitung „Der Steinarbeiter" eingewickelt waren.

Obige Belohnung erhält derjenige, welcher zweckdienliche Angaben macht, die zur Ergreifung des Täters führen. Mitteilungen erbittet die Anhaltische Staatsanwaltschaft Dessau zur Sache 4 J. 451/22.

Dessau, den 7. Juni 1922.

**Der Oberstaatsanwalt.** J. V. Foach.

**Tüchtigen Steinmetz** auf Grabsteinarbeit stellt sofort für dauernd ein. **H. Baumbach, Stadtilm in Thür.**

**Steinmetz** auf Grabsteinarbeit in Granit und Sandstein; Schrifthauen und -zeichnen erwünscht, für sofort gesucht. **Wilhelm Kroll, Steinbildhauerei, Torgelow i. Pomm.**

**Mehrere tüchtige Hand- und Maschinen-Schleifer** für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. **Hans Wieser, Granit- und Syenitwerke, Martinlamitz**, Bahnhof, im Fichtelgebirge

**Steinmetz** zum sofortigen Eintritt gesucht. Demselben ist Gelegenheit geboten, das Schrifthauen sowie -zeichnen auf Granit zu erlernen. Kost und Logis im Hause. **Oskar Benz**, Steinbildhauerei, **Wittenberge**, Bez. Pdm. Moltkestraße 2.

**Ziegler's Schriftenzeichnerei** Gießen (Hessen), Licher Straße 37 Lehr- und Schriftenmuster 50 Mark.

**5-6 Steinhauer** auf Muschelkalkstein eingearbeitet, können sofort eintreten. Gegenwärtiger Tariflohn 24.10 M. **Schön & Hippelein, Satteldorf** (Württbg.) bei Crailsheim.

Sofort **10 Granitpflastersteinhauer, 10 Granitsteinmetzen, 2 Spalter sowie 1 leistungsfähiger Werkzeugschmied** gegen hohen Lohn in dauernde Beschäftigung sucht **Schwarzwald-Granit- u. Sandsteinwerke Tiefenstein, E. Humpert, Tiefenstein.**

**Mehr. Steinmetzen** werden für dauernd auf polierte Granit- und Syenitarbeit sofort eingestellt. **Granitwerk Köpler, Schmalkalden.**

**Steinmetzen,** saubere Arbeiter, für Bauarbeit sofort gesucht. **Alb. Schubert, Waldenburg** (Schles.)

Suche sofort **2 Steinmetzen,** je einen für Kunst- und Sandstein und für Hartgestein. **Paul Schoder, Ermsleben a. Harz.**

**Steinmetz** in dauernde Beschäftigung gesucht. Kost und Logis vorhanden. **Schulz & Stüber, Gifhorn**, Lüneburgerstr.

**Tücht. Steinmetz,** in allen Arbeiten der Grabmalbranche bewandert, stellt sofort bei höchstem Lohn für dauernd ein **Paul Briesemann**, Grabsteingeschäft, **Forst** (Lausitz).

**Steinmetzen** die in allen Grabsteinarbeiten, etwas Verzierung und Schrifthauen bewandert sind, sofort gesucht. (Winterarbeit). **Hermann Iseke Ww., Lehrte.**


## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Ströbel** am 27. Mai der Verlader **Paul Steinert**, 32 Jahre alt, beim Baden ertrunken.

In **Fürsteneck** am 28. Mai der Steinhauer **Johann Beschl**, 49 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Berlin** am 20. Mai der Marmorschleifer **Johann Glogowski**, 33 Jahre alt, Lungenschwulst.

In **Hahnenfurt** am 1. Juni der Brecher **Ludwig Peters**, 50 Jahre alt, Herzklappenfehler und Lungenentzündung.

In **Reichenbach** (Odenwald) am 1. Juni der Brecher **Andreas Hölz**, 61 Jahre alt, Herz- und Lungenleiden.

In **Kamenz** am 7. Juni der Pflastersteinmacher **Rich. Schöne**, 35 Jahre alt, Wirbelsäulenverkrümmung.

Ehre ihrem Andenken!


Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig. Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.